Abg. Nowak fragte, wann der in 2003 entstandene Fehlbetrag von 3,1 Mio € im Haushalt abgedeckt werde, da dieser im verabschiedeten Doppelhaushalt noch nicht enthalten sei. Zudem bat er mitzuteilen, warum die im Rechenschaftsbericht dargelegten hohen Absetzungen bei den Bußgeldern im Bereich der Bekämpfung der Schwarzarbeit erforderlich gewesen seien.

Kreiskämmerer Ganseuer erklärte zunächst, der Fehlbetrag aus 2003 sei mit 1,8 Mio € zum größten Teil jugendamtsbedingt. Darüber hinaus sei er insbesondere auf die Entwicklung im Bereich des neuen Leistungsrecht der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zurückzuführen.

Zu den Fragen des Abg. Nowak teilte Kreiskämmerer Ganseuer mit, der Fehlbetrag des Jugendamtes aus 2003 sei mit 1,0 Mio € bereits teilweise in 2005 veranschlagt. Aufgrund des Doppelhaushalts sei es zulässig, den restlichen Fehlbetrag erst in 2006 abzudecken. Da allerdings höchstwahrscheinlich ein Nachtragshaushalt erforderlich werde, sei beabsichtigt, den Restfehlbetrag im Doppelhaushalt 2004/2005 abzudecken. Bei den Absetzungen handele es sich um aufgelaufene uneinbringliche Bußgeldforderungen mehrerer Jahre, die im Rahmen des Jahresabschlusses nun abgesetzt worden seien, was in diesem Bereich zu einem negativen Ergebnis geführt habe.

Abg. Hartmann legte Wert auf die Feststellung, dass ausweislich des Rechenschaftsberichtes nicht nur die von Kreiskämmerer Ganseuer angeführten Positionen für den Fehlbetrag verantwortlich seien, sondern auch der Personalbereich wieder Probleme bereitet habe. An dieser Stelle sei das Einsparziel um rd. 1,0 Mio € verfehlt worden.

Abg. J. Becker fragte, wie sich die gebildeten Haushaltsausgabereste im Verwaltungshaushalt auf den allgemeinen und den Jugendamtshaushalt verteilen und ob der Fehlbetrag im allgemeinen Haushalt nicht hätte vermieden werden könne, wenn keine Reste gebildet worden wären.

Kreiskämmerer Ganseuer antwortete, die Haushaltsausgabereste seien nahezu vollständig im allgemeinen Haushalt gebildet worden. Zwar hätte man hier den Fehlbetrag durch entsprechende Reduzierung der gebildeten Haushaltsausgabereste vermeiden können, jedoch hätte dies nicht der planmäßigen Bewirtschaftung der eingerichteten Budgets gedient. Es sei nicht Sinn der Budgetierung, einem Fachbereich zu Beginn eines Haushaltsjahres ein Budget zu Verfügung zu Stellen, um am Ende des Jahres die im Rahmen der Budgetbewirtschaftung eingesparten Mittel vollständig zum Ausgleich des Gesamthaushalts zu verwenden. Daher seien im Sinne einer planmäßigen Budgetbewirtschaftung in begründeten Fällen Haushaltsausgabereste gebildet worden.

Abg. H. Becker bat um Auskunft, ob beabsichtigt sei, das Defizit des Jugendamtes aus 2003 wie bisher ausschließlich über die Jugendamtsumlage abzudecken, oder ob es Überlegungen gebe, das Defizit des Jugendamtes im allgemeinen Haushalt zu decken.

Kreiskämmerer Ganseuer erklärte, es sei nicht vorgesehen, den Fehlbetrag des Jugendamtes über den allgemeinen Haushalt abzuwickeln. Vielmehr solle er im Hinblick auf die Bestrebungen einiger kreisangehöriger Städte, eigene Jugendämter einzurichten, über einen aufzustellenden Nachtragshaushalt für das Jugendamt noch im Haushalt 2004 abgedeckt werden.